

## Europa: Angela auf dem Stier

Hans Norbert Janowski (Wirtschaftsgilde Stuttgart, 12.06.16)

1.

Ausgerechnet am Europatag Anfang Mai ist der Österr. Bundeskanzler zurückgetreten. - Die Balkanroute – das ist noch lange nicht vorbei – ist erneut zum Zeichen einer Spaltung, zu einer Art Andreasspalte der europäischen Geschichte geworden: Ost und West sind offenbar geprägt von tiefsitzenden historischen Erfahrungen: Ostrom-Westrom, Katholisch-Orthodox, Christentum-Islam – vom Hunnensturm über die Expansion des osmanischen Reiches bis vice versa den Kreuzzügen und der Türken-Abwehr im Kosovo und in Österreich-Ungarn. Huntington hat das Szenario bereits beschrieben – den clash of cultures -, nur dass es heute um Fluchtrouten und Terrorismus, vielleicht auch um eine islamische Unterwanderung geht und nicht um eine militante Eroberung.

Die Ängste vor einer Erosion der Europäischen Gemeinschaft, ja der abendländischen Kultur haben freilich noch andere Gründe und Anlässe als die Flüchtlingsströme; deren Andrang wirkt eher als Katalysator für ältere Entwicklungen. Im Osten des Kontinents vollzieht sich nach dem Zerfall der Sowjetunion eine Renationalisierung, im Süden bestärkt das wirtschaftliche Gefälle Regionalisierungsbestrebungen (Katalonien, Baskenland, Lega Nord, Kosovo, Jugoslawien überhaupt). In Kerneuropa wird der Traum von der Gemeinschaft ohne Grenzen als eine potentielle Gefahr für die kulturelle Identität und politische Unabhängigkeit wahrgenommen, in deren Interesse man sich entweder gegen eine deutsche Hegemonie oder eine bürokratische Herrschaft aus Brüssel profiliert. Viele Menschen erleben zudem nicht nur die Attentate des IS, sondern auch die Übergriffe von Köln, ja den Islam und den Flüchtlingstreck als Angriff auf „unsere Art zu leben“. Die eindrucksvolle Willkommenskultur nimmt Schaden.

Die nach der Wende von 1989 gestärkten Kräfte der Integration werden im letzten Jahrzehnt von verschiedenen Kräften der Erosion konterkariert – diese Problemkonstellation hatte Joschka Fischer in seinem legendären Berliner „Apell für einen Europäischen Bundesstaat“ im Jahr 2000 vorausgesehen. Heute meint er, Europa müsse von vorn anfangen.

2.

*Einige Symptome:* Polen war nach der Auflösung des Ostblocks einer der Pioniere der Integration und hat sich im „Weimarer Dreieck“ mit Frankreich und Deutschland enger zusammengeschlossen. Im Anschluss an die Intellektuellen-Vision von „Mitteleuropa“ (Claudio Magris et al.) hatte sich das Konzept eines Postnationalen Europa durchgesetzt. Heute wird von der polnischen Regierung ein Kulturkampf gegen den multikulturellen Westen und seinen Werterelativismus, ein Sodom pornographischer Verweichlichung geführt, das Weimarer Dreieck aufgekündigt und die Nato gegen eine russische Bedrohung herbeigerufen. In Polen, Ungarn, einigen Balkanländern und im Baltikum machen nationalistische Heimatschutz-Milizen (Soldaten Odins in Estland zB) von sich reden, die Jagd auf Roma und Migranten machen. Die ungarische Regierung kämpft wie der Front National, Pegida/AfD, Lega Nord u.a. in ähnlicher Weise für eine abendländisch-christliche oder nationale Kultur und gegen die multikulturell „verdorbenen“ Eliten.

In Deutschland setzt die politische Mehrheit nach wie vor auf ein konsensuelles, föderatives Europa, eine politisch-kulturelle Staatengemeinschaft auf wirtschaftlicher Basis. Die europäische Identität, ob nordatlantisch orientiert oder vom Osten abgegrenzt, hat für viele Deutsche den Charakter einer historisch-kulturellen Selbstreinigung. Dies wird in GB, Dänemark, Polen, Ungarn, Tschechien anders erfahren. Das zeigt sich zB. bei dem britischen Referendum am 23. Juni: dort entwickelt man als Commonwealthmacht gegenüber dem Konsens für eine föderale Zukunft Europas schon traditionell ein strukturelles Misstrauen. Das erhält durch das Referendum in den Niederlanden, das ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine ablehnt, womöglich noch einen aktuellen Schub. In Italien, Frankreich, Holland und Spanien ist die Situation differenzierter; aber die populistischen Bewegungen bewirken in diesen Ländern einen deutlichen Schub nach rechts.

Die Eurokrise und im Zusammenhang damit die Auflehnung gegen die Austerity-Sanierung nationaler Haushalte (Griechenland, Irland, Portugal), die strukturelle Jugendarbeitslosigkeit und die schleichende Enteignung der Sparer, der Donbas-Krieg zwischen der Ukraine und Russland mit der Annexion der Krim, haben den Zusammenhalt der EU stark belastet und mit dem Andrang der Bürgerkriegs- und Armutsflüchtlinge den Druck verstärkt. Heute zeigt sich das am deutlichsten und sensibelsten an der Einschränkung der Freizügigkeit im Schengenraum und dem Versuch, durch Grenzkontrollen und -schließung sowie die Sicherung der Außengrenzen die Kontrolle über die Zuwanderung zu sichern – mit lähmenden Folgen für den gesamten europ. Wirtschaftsraum.

Der Deal der EU mit der Türkei: Rückführung von Migranten aus Griechenland im Austausch gegen syrische (+ afghan.) Kontingent-Flüchtlinge aus der Türkei und gegen 6 Milliarden plus Visafreiheit, bei dem die deutsche Regierung eine maßgebliche Rolle gespielt hat, erweist sich aber zusehends als politische Falle: ein Stillhalteabkommen, das Erdogan freie Hand für den Ausbau seines autoritären Regimes gibt. Ähnliche Abkommen mit Libyen und Ägypten werfen ähnliche Probleme auf, ganz abgesehen davon, dass eine Einheitsregierung, die Libyen handlungsfähig machen würde, erst ein Projekt (der EU) ist. Der Sommer 2016 wird durch die Flüchtlingsströme aus Afrika die Lage der Europ. Union noch verschärfen..

3.

*Entwicklung der EU.* Wenn man nach politischen, wirtschaftlichen, finanzpolitischen und kulturellen Maßnahmen gegen diese Gefahren für die Gemeinschaft sucht, dürfte es nützlich sein, sich grob die Entwicklungsschritte und Funktionsweise der Europäischen Union zu vergegenwärtigen.

Man hat zunächst und dann kontinuierlich auf die Integrative Wirkung der Wirtschaft gesetzt. Die Römischen Verträge zur Gründung der Europ. Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sind seit 1958 in Kraft – das ist das erste und richtungsweisende Fundament der EU. Ihr folgt die Zollunion im gewerblichen Bereich 1968. Die erste Direktwahl zum Europ. Parlament fand erst 1979 statt. In den achtziger Jahren erfolgte die Süderweiterung, ab 2004 die Osterweiterung.

Nach der Vorbereitung durch die Einheitliche Europäische Akte von 1986 zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes und freien Personenverkehrs gab der Zusammenbruch der Sowjetunion 1990 den weiteren Einigungsbemühungen eine entscheidende Schubkraft. Die wichtigsten Weichenstellungen: Mit dem Vertrag von Maastricht 1993 wurde die EU begründet und der Binnenmarkt inkraft gesetzt. Die Kompetenzen für Außenpolitik,

Verteidigung, Polizei und Justiz wurden verbunden; die Gründung der Währungsunion mit dem Euro wurde verankert, ebenso die Mitentscheidungskompetenz des Straßburger Parlaments neben dem EU-Rat erweitert.

1995 tritt das Schengener Abkommen über die Öffnung der Binnengrenzen für freien Personen- und Warenverkehr inkraft. 2000 wird der Euro eingeführt; 1998 war die EZB in Frankfurt gegründet worden. 2004 unterzeichnen die Staats- und Regierungschefs in Rom den Entwurf für eine europ. Verfassung. Der Ratifizierungsprozess wird nach Ablehnung durch Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden bis auf weiteres ausgesetzt.

2009 wird daraufhin durch den Vertrag von Lissabon der institutionelle Rahmen der EU neu geordnet. Dieser Vertrag hebt die drei Säulen-Struktur auf und fasst die Bereiche in einem Vertrag zusammen. Das EU-Parlament erhält mehr Befugnisse durch verstärkte Mitentscheidung bei Gesetzgebungsverfahren. Es werden die Hohen VertreterInnen für Außen- und Sicherheitspolitik der EU geschaffen. Durch diese Maßnahmen stand die EU mit Kommission, EU-Rat, Parlament und Europ. Gerichtshof vor dem Ausbruch der Finanz- und Fiskalkrise einigermmaßen gefestigt da.

4.

*Staatenbund oder Konföderation?* Trotzdem haben die verschiedenen Krisen, die Bürgerkriege in Jugoslawien und in der Ukraine, die Banken- und Finanzkrise, die Aufnahme der Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten den Zusammenhalt der EU belastet. Einige Länder beklagen die Einschränkung ihrer finanzpolitischen und fiskalischen Souveränität (zB das Instrument der Abwertung der eigenen Währung geht durch den Euro verloren..) – GB will durch ein Referendum über den Brexit abstimmen lassen, Griechenland stand eine zeitlang vor dem Grexit. Die östlichen Partner lehnen eine Quotenregelung bei der Aufnahme von Flüchtlingen ab. Dies haben sie durch Grenzschutzmaßnahmen beim 25. Visegrad-Treff noch einmal bestätigt und die Grenzen auf dem Balkan geschlossen. Mehrere Länder lehnen sich gegen die Bürokratenherrschaft der Kommission auf. Die einen fordern eine stärkere Konzentration politischer Kompetenzen in der EU, andere fürchten eine deutsche Hegemonie und plädieren für eine lockere Konföderation – überall gibt es einen politischen Rechtsruck.

Die entscheidende Problemebene ist die Alternative von Konföderation der Nationalstaaten oder europäischer Zentrismus, etwa in einem Bundesstaat, z.B. nach dem Modell der Schweiz; so hat es Joschka Fischer 2014 vorgeschlagen.

Jürgen Habermas vertritt seit langem die Position, nur eine politische Union mit der Abgabe von Souveränitätsrechten an die gemeinsamen politischen Institutionen werde die EU handlungsfähig machen. Sein Beispiel: Der Europ. Gerichtshof hat faktisch den illegitimen Schritt des EZB-Präsidenten Draghi bestätigt, notfalls Staatsanleihen in unbegrenzter Höhe anzukaufen. Damit habe Draghi zwar eine Fiskalsouveränität der Zentralbank simuliert, die er gar nicht hat, aber für „die Fehlkonstruktion einer Währungsgemeinschaft ohne politische Union“ die Kastanien aus dem Feuer geholt. (SZ 141 v. 23.06.15) Dieser Mangel könne nur durch eine Reform, d.h. die Stärkung der politischen Institutionen der EU behoben werden.

„Die Währungsgemeinschaft bleibt instabil, solange sie nicht um eine Banken-, Fiskal- und Wirtschaftsunion ergänzt wird.“ Diese institutionelle Reform müsse auch „mit mehr demokratischer Rechenschaft verbunden werden“, wie Draghi es selbst gefordert hat. Damit hätte auch das Scheitern der drastischen neoliberalen Sparpolitik gegenüber dem verschuldeten Griechenland verhindert werden können; mit einem politischen Entscheid hätte

man einen Schuldenschnitt oder ein wachstumsabhängiges Schuldenmoratorium beschließen können, wie diese vom Londoner Abkommen von 1953 für die Bundesrepublik Deutschland geschehen war (50% Erlass).

Hier gehe es nicht um moralische Fragen, sondern um den politischen Kern: „Es sind die Bürger, nicht die Banken, die in europäischen Schicksalsfragen das letzte Wort behalten müssen“ – und das sei nur über eine politische Reform und Stärkung des Europ. Parlaments zu besorgen. Habermas entwirft hier die EU als politische Union mit einer gemeinsamen Wirtschafts-, Sozial- und Fiskalpolitik, nicht aber als Bundesstaat mit zentraler Regierung. Der Europ. Rat stünde in einem Einigungszwang mit einem gestärkten Parlament; das würde die nationale Vetomacht schwächen und andererseits den europäischen Durchgriff verhindern.

Dagegen steht: Viele Bürger der EU lehnen die Bildung eines Bundesstaates ab und wehren sich dagegen, nationale Souveränität an eine europ. Zentralgewalt ohne eine überzeugende ordnungspolitische Funktion und demokratische Legitimierung abzugeben.

So weist das liberale „Prometheus-Institut“ in Düsseldorf/Bln (FAZ v. 6.11.15) kritisch darauf hin: die Hoffnung, die man auf die Währungsunion gesetzt hat, „dass sich mit den monetären Gemeinschaftsinstanzen auch ein geld- und währungspolitischer Konsens herausbilden würde“, habe getrogen“. Mangelnde Vorkehrungen für den Umgang mit Staatsinsolvenzen und für die konsequente Abwicklung maroder Geschäftsbanken zu Lasten von Eigentümern und Gläubigern haben die Fundamente der EWU ausgehöhlt.“ Hier ist die EZB und damit der Steuerzahler als Kreditgeber eingesprungen. So müssten sich überschuldete Staaten nun mit ihren Partnerländern statt mit privaten Anlegern auseinandersetzen. Das trage Unfrieden in die gesamte EU hinein.

Das „Freiheitsinstitut“ plädiert weder für einen europ. Bundesstaat noch für den Rückzug auf den Nationalstaat. Die liberale Option, welche die Zivilgesellschaft stützen will, zielt auf einen „Staatenverbund“. Gemeint ist eine konföderale überstaatliche Autonomie, deren „Verfassung“ eine abgeleitete Grundordnung bleibt. Dieses Plädoyer entspricht im ganzen dem Modell des Lissabon-Vertrags; dort heißt es: „Der Begriff des Verbundes erfasst eine enge, auf Dauer angelegte Verbindung souverän bleibender Staaten, die auf vertraglicher Grundlage öffentliche Gewalt ausübt, deren Grundordnung jedoch allein der Verfügung der Mitgliedstaaten unterliegt und in der die Völker – d.h. die staatsangehörigen Bürger – der Mitgliedstaaten die Subjekte demokratischer Legitimation bleiben.“ In einem solchen Staatenverbund bleibt die staatliche Gewalt bei den Nationen und wird nach dem Prinzip der Subsidiarität auf die europ. Institutionen übertragen; Kompetenzen können also auch zurück gefordert werden.

Im Unterschied zum Unionsmodell nach Habermas würde diese offene Konföderation stark konsensbetont agieren und jeweils eigene politische und soziale Kulturen zulassen. Es würde also das Vorgehen GBs zu einem sozialen Sener-Preis für die Vermeidung des Brexit, oder die Weigerung osteurop. Staaten, muslimische, ja überhaupt Bürgerkriegsflüchtlinge aufzunehmen, gestatten und nicht als Anlass für eine Spaltung Europas betrachten. Andererseits wäre die politische Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft stark eingeschränkt und die institutionelle Stabilität schwach; eine „Schönwettergemeinschaft“.

Auf dem Wege zu einer immer engeren Union, die über eine zentrale Verwaltung hinausgreift und in der Freizügigkeit herrscht, gerät immer mehr Sand ins Getriebe, ausgehend von Ängsten vor dem Verlust des nationalen Charakters, des kulturellen Erbes und der sozialen

Sicherheit, vor Arbeitslosigkeit, Haftungsverpflichtungen, Überfremdung und Terrorismus. Diesen Befürchtungen stehen freilich nach wie vor einige Stärken gegenüber, auf die Europa bislang seinen Einigungsprozess gegründet hat: verbindende Werte, einen Binnenmarkt mit offenen Grenzen, ein solides und faires Modell sozialer Sicherheit und eine einigermaßen stabile gemeinsame Währung. In welcher Weise kann man darauf auch in der vieldimensionalen akuten Krise setzen?

5.

*Reformen der Wirtschaftsunion.* Wirtschafts- und Währungsunion, Binnenmarkt und Bewegungsfreiheit für Ansiedlung und Berufsausübung der Bürger – das gilt bislang als das Herzstück der Gemeinschaft, um Stabilität, und Wachstum zu gewährleisten. Der institutionelle Rahmen der Eurozone weist jedoch „gravierende Schwachstellen“ auf und bedürfe weitergehender Strukturreformen auf nationaler und europ. Ebene – das haben kürzlich die beiden Notenbankpräsidenten F. Villeroy de Galhau und Jens Weidmann gefordert. Ihr Plädoyer zielt auf eine weitere Stärkung der europ. Institutionen und die entsprechende Übertragung von Souveränitätsrechten, was wiederum zugleich eine „größere demokratische Rechenschaftspflicht erfordert“.

Sie sehen in der akuten kritischen Lage Europa vor einer Wegscheide: entweder die Eurostaaten stärken die Integration oder sie entscheiden sich für einen dezentralen Ansatz – mit freilich strengeren Regeln. Die Bankpräsidenten sprechen sich wie Habermas deutlich für institutionelle Strukturreformen aus, um einer Renationalisierung entgegen zu wirken. Drei wirtschaftliche Eckpfeiler müssten errichtet werden: „Entschlossene Programme für Strukturreformen auf nationaler Ebene, eine ambitionierte Finanzierungs- und Investitionsunion (auch mit Einsatz von Eigenkapital) sowie ein verbesserter wirtschaftlicher Ordnungsrahmen im Euro-Raum“. (SZ 31 v. 8.02.16)

Um das zu bewerkstelligen, müsse ein Finanzministerium für den Euro-Raum geschaffen werden; es solle durch einen unabhängigen Fiskalrat ergänzt werden, der zB die Einhaltung der Haushaltsregeln kontrolliert. So könne dafür gesorgt werden, das Gleichgewicht zwischen Solidarität, Haftung und Kontrolle wieder herzustellen.

Die Alternative zu einer stärkeren Integration, die zunehmend auf Misstrauen gegenüber dem administrativen Apparat in Brüssel stößt, sehen die Nationalbank-Chefs in einem dezentralen Modell: Die Länder behalten zwar ihre Souveränität und geben keine weiteren Aufgaben an ein Euro-Ministerium ab; aber dann müssten die Fiskalregeln verschärft und gehärtet werden. Der Effekt wäre: Die Länder würden zwar mehr Zuständigkeiten behalten, müssten aber mit einer Abnahme der Solidarität rechnen.

Die Notenbankchefs setzen bei beiden Alternativen deutlich klarer auf die Stärkung der politischen Institutionen der Gemeinschaft als die liberalen Vertreter von „Phönix“, welche die politischen Steuerungsfunktionen der EWU zugunsten einer neoliberal verstandenen Marktwirtschaft abbauen wollen und sowohl die Insolvenz von Staaten als auch den Austritt aus der Gemeinschaft als reale Option betrachten.

6.

*Freizügigkeit – Schengen.* Reisefreiheit und Freiheit des Verkehrs von Waren und Dienstleistungen, wie sie im Abkommen von Schengen vereinbart worden sind, sind konstitutiv für den Binnenmarkt, die Währungsunion und das engere politische

Zusammenwachsen der Union. Dieses hohe Gut wird durch die Flüchtlingsströme auf eine Zerreißprobe gestellt – es beginnt sich die Meinung durchzusetzen, dass Schengen gescheitert ist: Die EU erscheint gespalten in Ost und West, auch in den westeurop. Ländern schlagt die Euro-Skepsis vielfach um in eine nationalistische Abwehr gegen Migranten; die Grenze wird als Obergrenze oder Stacheldraht populär. Die chaotischen Abgrenzungsstrategien gegen die unkontrollierte Zuwanderung weisen freilich darauf hin, dass offene Binnengrenzen von Voraussetzungen abhängig sind, die man nicht oder nicht rechtzeitig geschaffen hat.

Die EU und auch unser Land waren schlecht vorbereitet auf den Ansturm des Flchtlingsstretcks, obwohl Italien seit Jahren mit dem wirksamen Grenzschutz und Rettungsmanagement *Mar nostrum* sich dem Problem gestellt hatte und dabei allein gelassen, ja mit dem Verweis auf Dublin II bestraft wurde. Heute wird Dublin II als gescheitert betrachtet und soll durch ein System zur Sicherung der Außengrenzen mit Hotspots in Griechenland, einigen Inseln (so der sterr. Außenminister Kurtz) und in afrikanischen Ausgangslndern ersetzt werden.

Nun müssen die Voraussetzungen unter großem Problemdruck geschaffen werden. Dazu gehören: eine gemeinsame Sicherung der Außengrenzen, gemeinsame entwicklungspolitische Maßnahmen zur Stabilisierung in den Herkunftsländern, gemeinsame Kriterien für die Gewährung von politischem Asyl und für den Umgang mit Flüchtlingen ohne Bleibeperspektive und die Definition von sicheren Herkunftsländern, schließlich ein gemeinsames Budget zur Finanzierung für Flüchtlinge und Asylbewerber sowie für die Ausgleichszahlungen für Länder, die eine Quotierung für die Aufnahme ablehnen. (Timmermans) Wer diese Bedingungen nicht erfüllt, sollte vom Schengenraum ausgeschlossen werden; das hätte empfindliche Konsequenzen für das entsprechende EU-Land. Matteo Renzi schlagt Abmachungen mit afrikanischen Ländern nach EU-Trkischem Muster vor, die durch eine Art Euro-Bonds, also Europa-Anleihen finanziert werden sollten. Schäuble hat eine Erhöhung der Benzinsteuern ins Gespräch gebracht.

Anstatt von einem Scheitern von Schengen zu sprechen, muss das Abkommen ergänzt werden. Das setzt aber eine demokratische Konsensbildung voraus. Hier liegt ein gravierendes Problem: institutionell abgesicherte Verfahren lösen ein Problem erst, wenn ein politischer Konsens herbeigeführt worden ist – dieser Prozess braucht Zeit und kommt überhaupt erst unter dem akuten Problemdruck oder gar nicht zustande. Vielleicht ist es dafür schon zu spät.

7.

*Wertegemeinschaft.* Konsensbildung ist konstitutiv für die Schaffung übernationaler Institutionen und den Verzicht auf Souvernitsrechte. Sie kann aber auch nur auf dem Fundament und im Rahmen einer Wertegemeinschaft zustande kommen. Diese Wertegemeinschaft ist, wie uns die aktuellen Konflikte zeigen, kein Wolkenkuckucksheim humanistischer „Gutmenschen“, sondern die geschichtliche, durch Revolutionen und die Evolution des Rechts gewachsene Lebensgrundlage unserer sozialen und politischen Kultur. Hierher gehören die Menschen- und Grundrechte der europ. Verfassungen: Selbstbestimmung, Schutz der Menschenwürde, Gleichheit aller im Recht, Gewaltverzicht zugunsten eines Gewaltmonopols des Rechtsstaates, Gleichberechtigung von Mann und Frau. Das Gemeinwohl ist nicht vorgegeben, sondern wird im öffentlichen Debatten entwickelt, die Medien informieren unabhängig nach objektiven Kriterien, nicht nach Opportunität.

Last not least: Neben dem staatlichen Gewaltmonopol steht die Gewaltenteilung zwischen legislativer, exekutiver und judikativer Gewalt, Trennung von Kirche und Staat sowie der Machtauftrag auf Zeit durch demokratische Wahlen und Mehrheitsentscheidung. – Diese Werte und Prinzipien müssen auch die Migranten respektieren. (Vgl. Paul Kirchhoff in FAZ 16 v. 20.01.16)

Die Ideale der bürgerlichen Revolution sind Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – heute sagen wir dazu: Solidarität, die CDU: Sicherheit. Der Unterschied hat seinen Grund darin, dass Brüderlichkeit in der Schreckensherrschaft nach der Frz. Revolution rasch zum Ausgrenzungsbegriff wurde statt Integration zu bezeichnen: Diktatur, Guillotine, Tugendterror waren das Resultat. Kirchhoff: „Diese Erfahrung lehrt uns heute, dass eine Idee die Wirklichkeit verfehlt, wenn die kulturellen Grundlagen des Rechts nicht mehr das gemeinsame Handeln prägen“. Dann läuft die Freiheit ins Leere und schlägt um in Tyrannei, Angst und Gewalt.

Kirchhoff folgert: „Wir verstehen das Sicherheitsanliegen der Flüchtlinge, dürfen von den Neuankömmlingen aber erwarten, dass sie die Voraussetzungen und Maßstäbe der Sicherheit in Deutschland achten.“. Das gilt ebenso für den Zusammenhalt der E-Gemeinschaft: Wenn einige Länder die Grenzen schließen, wenn Polen das Prinzip der Gewaltenteilung unterläuft, wird die Rechtsgemeinschaft verletzt, und es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um sie wieder herzustellen. Ob das sanktionsarme Brüsseler Reglement dafür ausreicht, ist offen.

8.

An dieser Front dürften sich auch die Kirchen angesprochen fühlen. Als die größten Gemeinschaften in den europ. Gesellschaften sind sie mit und neben den Medien Agenturen der kommunikativen Freiheit. Sie haben erkannt, dass sie, obwohl Gewissens- und Meinungsfreiheit einst gegen sie erstritten werden mussten, zu Lordsiegelbewahrern der europ. Prägemächte, von Aufklärung und Humanismus, den säkularen Erben des Christentums, geworden sind. Sie vertreten die säkulare Wertegemeinschaft der nordatlantischen Kulturen mit und agieren als wegweisende Initiatoren und Teilnehmer eines friedlichen interreligiösen Dialogs. In diesem Zusammenhang haben sie auch Teil an der Aufgabe, die kommunikative Freiheit gegen den islamischen Fundamentalismus und die autoritären Ideologien Ostasiens zu verteidigen.

Sie sind es auch, die auf dem Boden der Botschaft von der Gleichheit aller Menschen vor Gott, der Nächsten- und der Feindesliebe, der Mitleidenschaft für die Armen und Ausgestoßenen Brüderlichkeit und Solidarität nicht als ausgrenzende, sondern als einladende Geste und Hilfe leben, damit wir auch die Willkommenskultur unter erschwerten Bedingungen am Leben erhalten können. Inzwischen hat sich eine „Allianz für Weltoffenheit“ gebildet, ein gesellschaftliches Bündnis von Kirchen, Juden und Muslimen, BDA und Gewerkschaften sowie Wohlfahrtsverbänden, die vereint dafür sorgen wollen.

Der Dialog zwischen den Religionen ist eine fundamentale Aufgabe der christlichen Kirchen; sie haben eine Mitverantwortung für die pluralistische Gesellschaft und den säkularen Staat, zumal der Individualismus der säkularisierten Zivilgesellschaft ein Produkt der Geschichte des Christentums ist: Gleichheit und Gegenseitigkeit sind die gesellschaftlichen Grundwerte der politischen Gemeinschaft freier Bürger – darin ist das Doppelgebot der Liebe politisch und sozial geworden.

Hier müssen die Kirchen auch in die Bresche treten, wenn Parteien wie die AfD, deren Erfolg von der Droge des Ressentiments lebt, pauschal behaupten, der Islam sei eine politische Ideologie und keine Religion und als solche mit der demokratischen Verfassung nicht vereinbar. Religions- und Gewissensfreiheit sind als Grund- und Menschenrechte von der Verfassung geschützt; freilich muss geklärt werden, ob Elemente wie die rechtliche Ungleichheit von Mann und Frau oder die muslimische Einheit von Religion und Rechtssystem (Scharia) dem nicht im Wege stehen.

Papst Franziskus hat durch seinen Besuch in der Erstaufnahmestelle und einem Flüchtlingslager auf Lesbos gezeigt, welche Dimensionen christlich-kirchliches Eintreten für Migranten haben kann. Er hat Symbolpolitik betrieben und gezeigt, dass der Ost-West-Graben zwischen den Kirchen in Europa in praxi überschreitbar ist – der Ökumen. Patriarch von Konstantinopel war dabei und der griechisch-orthodoxe Erzbischof auch. Der Papst hat durch Zuhören und Präsenz an der Front der EU signalisiert, dass nicht Abschottungs- und Regulierungspolitik eine entscheidende Dimension von Asylpolitik sind, sondern auch die persönliche Zuwendung und Aufnahme, denn es geht hier nicht nur um Zahlen, sondern um Menschen.

Demgegenüber: Wie viele christliche Initiativen beteiligen sich nicht an der Aufnahme und Begleitung von Flüchtlingen und Migranten: durch Sprachunterricht, Zurverfügungstellung von Räumen für die Erstaufnahme und Betreuung insbes. von traumatischen Jugendlichen. Oder einen humanitären Korridor für schwer Geschädigte, die über ein Verfahren der ital. Regierung Zugang zur und Betreuung in der EU erhalten. Die Kirchen und Gruppen könnten und sollten auch angesichts der Unterscheidung von Migranten und Asylbewerbern dafür eintreten, nicht nur neue Asylpakete zu schnüren oder, wie jetzt beschlossen, das Ganze in einem Integrationsgesetz zu verknüpfen, sondern ein solide ausgearbeitetes Einwanderungsgesetz und klare Härtefallregeln zu schaffen.

Doch auch hier gibt es ein Aber: Es wird berichtet, dass christliche Flüchtlinge aus Iran, Irak und Syrien in den Aufnahmelagern von muslimischen Flüchtlingen drangsaliert und bedroht werden; diese Minderheiten werden doppelt verfolgt und traumatisiert: in ihren Heimatländern und im Gastland. Eine akute Aufgabe nicht nur für die staatlichen Aufnahmestellen, sondern auch für Christen und Kirchen hierzulande (zB Kirchenasyl). Hier geht es nicht um Bevorzugung, sondern um Schutz. - Zudem gibt es muslimische Gruppen, die die Gelegenheit nicht verpassen wollen, das säkularisierte, sich christlich gebende Europa zu erobern, wie es seinerzeit die Christen im Orient versucht haben – diesmal subversiv als Verfolgte und Arbeitsmigranten, evtl. in Verbindung mit terroristischen Aktivitäten. Wenn Arbeitsmigration und Flucht zu einer subversiven Herrschaftsformel werden, fällt das als Frage auf uns Europäer zurück. Die Auseinandersetzung damit dürfen zumal die Christen nicht politischen Kräften wie der AfD überlassen.

Im Dialog zwischen den Religionen werden die reformatorischen Kirchen das Reformationsgedenken 2017 als Plattform für eine Art kollektiver Psychoanalyse unserer Gesellschaften in Anspruch nehmen; verkürzt gesagt: für eine Vergegenwärtigung der Freiheitsgeschichte im Dreischritt von Erinnern, Wiederholen und Durcharbeiten. So etwas dürfte freilich nur gelingen, wenn die Arbeit in ökumenischem Geist und im Dialog mit den anderen Buchreligionen geleistet wird.



## 9. Fazit

Aktuell weisen die Zeichen eher in Richtung Abbau als Erholung der europäischen Gemeinschaft: Die Wahlen und Referenden in NL und GB, senden ambivalente Botschaften aus, die katholische Kirche Polens marschiert mit der Kaczynski/Szydla-Regierung, die Regimekrise in der Türkei bringt den Flüchtlingsdeal der EU ins Wanken, die geplante Sperre des Brenners, ebenso wie der drohende Brexit sind fatale Signale für Wirtschaft und Freizügigkeit.

Es gibt auch die andere Seite, und sie meldet sich mit Macht zu Worte: Nicht nur der Papst, auch Obama warnt vor den wirtschaftlichen, sozialen, aber auch machtpolitischen Folgen eines Zerfalls der EU. In GB sprechen die Wähler in London und in Schottland ein deutliches Plädoyer, in Warschau beschwören 300.000 Demonstranten die Zugehörigkeit Polens zur EU. Am Brenner gibt es gewaltsame Proteste gegen eine Sperre. Das Frontex-Europa scheint den Druck des Flüchtlingsstroms fürs Erste steuern zu können.

Die akuten Probleme der EU stellen sich freilich auf vielen Ebenen; hier können nur einige wenige mit Spotlights beleuchtet werden:

1. Um eine Spaltung der EU und Europas zu verhindern, dürfte es z.Zt. weder angeraten sein, den Prozess zu einer immer engeren Union voranzutreiben, noch gelingen, durch eine Lockerung oder einen reduktiven Umbau der Gemeinschaft zu einem konföderativen Staatenverbund den europ. Konsens lebensfähig zu erhalten.. Unter dem Druck der auseinander driftenden Kräfte erscheint ein **Pragmatismus** plausibel, der den vertraglichen und institutionellen **Status quo funktionsfähig zu erhalten** versucht, freilich ohne dabei das Ziel einer engeren politischen Gemeinschaft aus den Augen zu verlieren. Die Europ. Union ist einem harten Test ausgesetzt, ob sie eine Schönwettergesellschaft ist oder eine Wertegemeinschaft, die über das wirtschaftliche System hinaus eine lebensfähige Substanz hat.

Ob die Zukunft durch ein **Europa der zwei Geschwindigkeiten** geprägt wird, ist zur Stunde noch offen, aber eine drohende Möglichkeit. Die Europapolitik steckt in einer Zwickmühle: Wer die demographische Zukunftsfähigkeit des alten Kontinents im Auge hat, hat als Politiker angesichts der Angst- und Abschließreflexe der Saturierten oder sozial Gefährdeten damit zu rechnen, nicht mehr gewählt zu werden. Die Rechtspopulisten von Trump bis Le Pen und AfD, die aus diesem Dilemma Honig saugen, sind zwar noch nicht in der Mehrheit, stehen aber ante portas.

2. Das liberale Phönix-Institut fordert im Blick auf die Währungs- und Wirtschaftsunion e(neben einer Entpolitisierung der EU) die **Wiederherstellung der EWU als „offener Hartwährungsunion“** – mit einer Zentralbank, die für Geldstabilität sorgt, ohne aber das Ziel einer monetären Staatsfinanzierung und einer Nothilfe (Bailout) für in finanzielle Schieflagen geratene Staaten durch die EU zu verfolgen. (In diesem Kontext müssten Staatsinsolvenzen und auch Austritte möglich sein).

Inwieweit diese Forderung stichhält, kann ich nicht beurteilen. Freilich ist deutlich, dass die Sparpolitik der EU und die Geld- und Anleihenpolitik der EZB bislang nur mäßig zur Wachstumssteigerung in den Südländern beigetragen haben. Immerhin erweisen sich die Instrumente des Europäischen **Stabilitätsmechanismus** ESM im Rahmen des Euro-Rettungsschirms, mit denen überschuldete Mitgliedstaaten der Eurozone durch Kredite und Bürgschaften geholfen wird, ihre Zahlungsfähigkeit zu sichern, als funktionstüchtig. Der Weg

zu einer **Bankenunion** ist insoweit beschränkt, als neben einer europ. Bankenaufsicht und – abwicklung gemeinsame Standards für eine Einlagensicherung bis € 100.000 erreicht sind; eine darüber hinausgehende Vergemeinschaftung von Bankenverlusten, also eine gemeinsame Haftung ist aber manchen Ländern zu riskant. Eine größere Flexibilität für staatliches Schuldenmachen ist zudem mit diesen Schritten schwer vereinbar.

3. **Strukturelle Reformen**, wie sie die beiden Notenbankchefs fordern, werden inzwischen auf breiter Front diskutiert – freilich hat Jens Weidmann sich inzwischen wiedervorsichtiger zum Euro-Finanzministerium geäußert. Maßnahmen einzelner Länder, die das subsidiäre Element der europ. Stabilitätsmaßnahmen stärken, zB. erhöhte staatliche Anstrengungen bei der Finanzierung des vernachlässigten sozialen Wohnungsbaus und der steuerlichen Stützung des privaten Wohnungsbaus sowie Beschäftigungsmaßnahmen der öffentlichen Hand in Deutschland, können zur Entspannung der Lage beitragen, insbesondere im Blick auf die soziale Konkurrenz zwischen Migranten und Einheimischen. Im Vordergrund aller Maßnahmen steht freilich die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, zumal in Südeuropa, von wo es eine starke Auswanderung Jugendlicher nach Norden gibt.

4. Gemeinsam ist der Mehrheit derer, die in der aktuellen Debatte Position beziehen, die Forderung nach einer **Stärkung des Steuerungs- und Kontrolleinflusses des Europäischen Parlaments** gegenüber der Eurobürokratie der Kommission. Dies alles wird durch den Umgang mit dem Flüchtlingsstrom und seiner zukünftigen Dynamik einer harten Bewährungsprobe unterworfen. Die meisten EU-Länder lehnen inzwischen die quotierte Aufnahme von Flüchtlingen hartnäckig ab – es wird inzwischen immerhin über eine gemeinsame, vielleicht proportionierte Finanzierung der Kosten diskutiert. Die rechtspopulistischen Parteien des europ. Westens erweisen sich inzwischen als die 5. Kolonne Putins, der aus der Europa-Krise Gewinn für eine beschädigte russische Gesellschaft ziehen will.

5. Die Maßnahmen zur gemeinsamen **Sicherung der EU-Außengrenzen** (Frontex-Verstärkung, Hotspots in den Mittelmeerländern, Rückführung von Flüchtlingen in die Türkei, Lybien und Marokko gegen finanzielle Unterstützung und kontingentierter Aufnahme) laufen erst an und wirken sich z.Zt. noch nicht auf die Stabilisierung des offenen Schengenraums aus – im Gegenteil (Brenner etc.). Sie haben zudem inhumane, auch grausame Wirkungen und Folgen für das Boatpeople oder sind als Grenzsperrmaßnahmen wirkungslos. Auf Dauer werden sie nur zu rechtfertigen sein, wenn sie flankiert werden von Anstrengungen einer Friedensdiplomatie und Entwicklungspolitik der EU-Länder.

6. Die **Kirchen** können auch hier ihre ökumenische Vernetzung zumindest mit den afrikanischen Ländern und Kirchen nutzen. In Europa fällt ihnen die substanzielle Aufgabe zu, als Rückgrat der säkularisierten und pluralistischen Kulturen Mitverantwortung zu tragen und das Bewusstsein einer europ. Wertegemeinschaft zu stärken. Die vielen christlichen Aktivisten und Helfer bei der Aufnahme und Integration von Migranten machen bereits deutlich, dass sie diese Zusammenhänge begriffen haben und im täglichen Leben gestalten.

Wenn unter dem akuten Druck die Europäische Gemeinschaft schon nicht die politische Solidarität der Regierungen als integrative Kraft einsetzen kann, so bleibt nur die Möglichkeit, auf die Stärke der wirtschaftlichen und Sicherheits-Interessen der Mitglieder zu setzen – bislang war dieses Fundament in den Krisen hinreichend solide. Aber Angst ist schwer kalkulierbar – ihr kann man wahrscheinlich eher mit der Motivationskraft gemeinsamer Bürger-Allianzen beikommen (Allianz für Weltoffenheit, Kirchen, St. Egidio).

